

Protokoll

über die 28. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Wedel
am Dienstag
dem 01.03.2016, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Kay Burmester
Herr Jörg Keller
Herr Michael Schernikau

Ausschussvorsitzender, 1. stellvertr. Fraktionsvorsitzender
bis 20:22 Uhr
stellvertr. Ausschussmitglied, ab 20:22 Uhr

Herr Stephan Schwartz
Herr Matthias Schwier
Herr Norbert Weller

WSI:

Herr Joachim Funck
Frau Renate Palm

Fraktionsvorsitzender

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Willibald Ulbrich
Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Manfred Eichhorn
Herr Rüdiger Fölske

FDP-Fraktion:

Herr Martin Schumacher

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dieter Strüven

stellvertr. Ausschussmitglied

Seniorenbeirat:

Herr Bruno Helms

Vertreter für Frau Bohnert

Jugendbeirat:

Herr Jeremias Gropp

bis einschl. TOP 7



Umweltbeirat:

Herr Rainer Hagendorf

stellvertr. Ausschussmitglied

Verwaltung:

Herr Karl-Heinz Grass
Frau Elisabeth Hoppe
Herr Klaus Lieberknecht
Frau Sonja Taschendorf

Fachdienstleiter 2-61
Fachdienst 2-61
Fachbereichsleiter 2
Schriftführerin

Gäste:

Herr Justin Behrend
Herr Rainer Behrend
Frau Jöhnk

Architektenpartner, zu TOP 5
Architektenpartner, zu TOP 5
Schneider Vermögensverwaltung GmbH, zu
TOP 5
Architektur und Stadtplanung, zu TOP 5
W2A Architekten, zu TOP11.1

Herr Karsten Schwormstede
Herr Nicolas Willms

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Schernikau alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Unter Punkt 11, Einvernehmen der Gemeinde, wird es zusätzlich eine mündliche Mitteilung der Verwaltung zu einem Bauvorhaben in der Industriestraße geben.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
 - 2.) **Anhörung der Beiräte**
 - 3.) **Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 27. Sitzung vom 02.02.2016**
 - 4.) **Bebauungsplan Nr. 15 "Liethfeld"**
hier: erneuter Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/2015/138
 - 5.) **vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20f "Hafenstraße"**
hier: Entwurfsbeschluss, Beschluss über die Durchführung der Bürgerbeteiligung
und die Beteiligung der Behörden und sonstiger Öffentlicher Belange
Vorlage: BV/2016/015
 - 6.) **Planung Neubau einer Kindertagesstätte**
Vorlage: BV/2016/019
 - 7.) **Fuß-/ Radwegeverbindung Geestrand**
hier: Querung Wedeler Au
-

8.) Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"

8.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

9.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

9.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

10.) Mitteilungen und Anfragen

10.1 10. Bericht zur Revitalisierung des BusinessPark Elbufer
Vorlage: MV/2016/007

10.2 Projekt- und Prioritätenliste 2016 im Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung
Vorlage: MV/2016/013

10.3 Geplante Bauflächenentwicklung im nordwestlichen Ortseingangsbereich beidseitig der B 431

10.4 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

10.5 Sonstiges

11.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u. a.

11.1 Einvernehmen
Genehmigung nach der Erhaltungssatzung- Am Marktplatz
Vorlage: BV/2016/004

11.2 Einvernehmen
hier: Adalbert Stifter Straße
Vorlage: BV/2016/022

11.3 Bauvorhaben Industriestraße
hier: mündliche Mitteilung der Verwaltung

12.) Mitteilungen und Anfragen

12.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

12.2 Sonstiges

13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Herr Pflüger verliest Passagen aus dem Planfeststellungsbeschluss von 1985 und fragt, wann der Beschluss endlich umgesetzt wird.

2.) Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat lädt die Fraktionen zu einem Gespräch über den Jörg-Balack-Weg am 15.03.2016 um 18:00 Uhr ins Rathaus ein.

Herr Wuttke erklärt, dass die Auswaschungen besonders im Bereich des Gefälles bei Nässe gefährlich sein könnten. Er fragt nach der Planung mit Zeitplan für die Wegeunterhaltung. Herr Schernikau erwidert, dass hierfür der UBF zuständig ist und die Antwort der Verwaltung daher dort erfolgen sollte.

3.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 27. Sitzung vom 02.02.2016

Herr Eichhorn vermisst seine Anregung zur Video-Überwachung von Unterkünften während der Bauphase. Ihm wird erwidert, dass er diesen Vorschlag in der Januar-Sitzung gemacht hat. Man einigt sich darauf, den Beitrag im Protokoll der letzten Sitzung aufzunehmen, falls es nicht schon im Protokoll der 26. Sitzung steht.

Herr Funk erkundigt sich nach den versprochenen Unterlagen für TOP 10. Die Verwaltung erklärt, dass die Vorhabenträger diese bereitstellen wollten. Die Verwaltung wird nachfragen.

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll mit 12 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung.

4.) Bebauungsplan Nr. 15 "Liethfeld" hier: erneuter Auslegungsbeschluss Vorlage: BV/2015/138

Herr Schumacher erklärt sich als befangen und verlässt den Raum. Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder verringert sich auf 12.

Herr Eichhorn bezweifelt die aktuelle Notwendigkeit des Vorhabens und spricht von einer „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“.

Der Ausschuss beschließt mit 9 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt,

- 1. den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 15 „Liethfeld“,**
- 2. die erneute Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 13 a, 3 (2) BauGB und die Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.**

5.) vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20f "Hafenstraße" hier: Entwurfsbeschluss, Beschluss über die Durchführung der Bürgerbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstiger Öffentlicher Belange Vorlage: BV/2016/015

Herr Justin Behrend stellt die geplante Bebauung vor. Die Präsentation ist im Bürgerinformationssystem unter dieser Sitzung abrufbar (www.wedel.de, Rathaus & Politik).



Herr Wuttke fragt nach der großen Esche, die in den nachbarschaftlichen Einwendungen erwähnt wurde. Herr Behrend antwortet, dass man Haus und Tiefgarage so verschoben hat, dass der Kronenbereich nicht mehr betroffen ist.

Frau Jöhnk betont, dass hier kein Luxusbau entstehen soll, sondern Komfortwohnungen mit einer Anfangsmiete zwischen 10,50 - 14,00 €/m². Es soll auch rollstuhlgerechte Wohnungen sowie 4- und 1-Zimmer-Wohnungen geben, da diese in Wedel fehlten.

Herr Eichhorn ist verwirrt, da laut Stellungnahme des LLURs durch die Räucherei keine gesunden Wohnverhältnisse gegeben sind, außer man errichtet einen Schornstein von 24 m Höhe. Das ist für die SPD nicht vorstellbar. Er fragt, ob mit dem Besitzer der Räucherei, Herrn Schwan, gesprochen worden ist. Frau Jöhnk antwortet, dass man seit Monaten im engen Kontakt mit der Familie Schwan steht. Zurzeit verhandle man über den Verkauf des Grundstücks.

Herr Wuttke bemängelt, dass hier ein Traditionsbetrieb verdrängt wird. Er fragt nach den Altlast-Verdachtsflächen, ob es eine regelmäßige städtische Kontrolle gibt und ob es in den städtebaulichen Vertrag aufgenommen wird. Die Verwaltung antwortet, dass es gesetzliche Auflagen gibt, für deren Einhaltung die Umweltbehörde des Kreises Pinnebergs zuständig ist.

Frau Jöhnk stellt richtig, dass das Gutachten des TÜVs, das den 24 m hohen Schornstein fordert, für die Bestandsbauten und nicht für das geplante Bauvorhaben erstellt wurde. Die Räucherei hat Bestandsschutz, aber der Emissionsschutz ist nicht gewährleistet.

Herr Hagendorf erkundigt sich nach den Fahrradstellplätzen. Herr Behrend sagt, dass man zu deren Herstellung verpflichtet ist und dass sich auch welche in der Tiefgarage befinden werden.

Herr Wuttke wirft der Verwaltung vor, die Anlage gem. Punkt 18 der Abwägung der TöB (Stellungnahme des TÜV-Nords) nicht zur Verfügung gestellt zu haben. Frau Hoppe antwortet, dass dieses im Bürgerinformationssystem abrufbar ist. In der Begründung der Beschlussvorlage wird unter Punkt 3 explizit darauf hingewiesen. Der Vorsitzende ergänzt, dass ein solches Verfahren beschlossen wurde, um den Papierverbrauch zu verringern. Die Unterlagen seien hinreichend bekanntgegeben.

Herr Lieberknecht weist auf das Ratsprotokoll vom 23.01.2014 hin, dessen Auszug an alle Mitglieder verteilt wurde. Hiernach wird zwar geförderter Wohnungsbau gefordert, aber es ist nicht Bestandteil des Beschlusses und daher nicht bindend. Der Ratsbeschluss über die 30% sozial geförderten Wohnungsbau ist erst später gefallen.

Die CDU begrüßt Investoren, die Wohnungen bauen. Herr Burmester streicht besonders hervor, dass rollstuhlgerechte und barrierearme Wohnungen entstehen, die laut Liste des Fachdienstes 1-50 nachgefragt werden.

Auch die FDP begrüßt den B-Plan und das Projekt. Der B-Plan unterstütze folgende Ziele: 1. Umwandlung von Gewerbe- und Industrieflächen in Wohnbebauung. 2. Es entstehen viele neue Wohnungen in kurzer Zeit. Die Mieten liegen im gleichen Rahmen wie Neubauwohnungen in Alt-Wedel. 3. Das Vorhaben wird die maritime Meile mit Leben erfüllen. Herr Schumacher betont, dass es ein Rückwirkungsverbot gibt und daher der 30%-Beschluss nicht anzuwenden ist.

Die WSI unterstützt das Vorhaben als städtische Verdichtung. Die 30%-Quote findet sie hier überzogen. Außerdem würde es dem gesamten Bereich gut tun, wenn der Konflikt mit der Räucherei gelöst wird. Frau Palm fügt hinzu, dass es wichtiger ist, überhaupt Wohnungen an dieser Stelle zu bauen, als dass es sozialen Wohnungsbau gibt.

Die Linke dagegen fragt, wer sich Mieten von 10-14 €/m² leisten könne.

Die Grünen wollen kein goldenes Ghetto. Es spreche nichts dagegen, auch hier geförderte Wohnungen zu erstellen. Man könne über die Höhe der Quote reden. Ansonsten werden die Grünen nicht zustimmen.

Die SPD findet das Konzept gut, wird aber ohne die 30%-Quote nicht zustimmen. Herr Fölske führt aus, dass in den nächsten drei Jahren Sozialbauwohnungen im dreistelligen Bereich benötigt werden. Dafür werden mehr Geschosse und günstige, am besten kostenlose, Grundstücke benötigt. Hier ist diese Situation gegeben: die Höhe ist da und das Grundstück ist gekauft bzw. abgeschrieben. Wedel habe erfolgreich durch Kleinteiligkeit den sozialen Wohnungsbau integriert. Sozialer Wohnungsbau an dieser Stelle würde den Gedanken der Mischung gerecht werden.

Frau Palm hält dagegen, dass durch den Bezug der neuen Wohnungen, alte, günstigere Wohnungen frei werden. Herr Schernikau hält die Mieten für die Gegend angemessen.

Der Ausschuss beschließt mit 8 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt,

- a) den vorgelegten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 20 f „Hafenstraße“ sowie den Entwurf des dazugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplans,**
- b) die Durchführung der Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und**
- c) die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.**

Frau Hoppe erklärt, dass die Verwaltung für das weitere Verfahren einen Beschluss über den Anteil von sozialem Wohnungsbau benötigt.

Herr Schernikau stellt den Antrag, dass sozialer Wohnungsbau für dieses Bauvorhaben nicht gefordert wird.

Der Ausschuss nimmt den Antrag mit 8 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen an.

6.) Planung Neubau einer Kindertagesstätte Vorlage: BV/2016/019

Die CDU hält den Standort als wahrscheinlich geeignet. Allerdings hat man kein Verständnis für den Zeitdruck, der hier aufgebaut wird, insbesondere im Hinblick auf den RPA-Bericht über den Bau der JRG-Mensa. Die CDU beantragt Vertagung und Beantwortung der Fragen (Anlage 1) durch die Verwaltung.

Auch die SPD spricht sich für eine Vertagung aus. Sie ist gegen einen Standort an der Moorwegscheule, da es viele Eltern jenseits der Pinneberger Straße gibt und der Bolzplatz dringend für Schüler und junge Menschen gebraucht wird. Zudem gibt es schon Kitas im Moorweggebiet. Wieden eignet sich besser. Vielleicht gebe es die Möglichkeit nach § 34 zu bauen.

Die Grünen stimmen ebenfalls dem Vertagungsantrag zu. Zunächst sollten die Fragen im BKS geklärt werden und dann mit den stadtplanerischen Aspekten zusammengeführt werden.

Die WSI votiert auch für die Vertagung. Beide Plätze werden gut genutzt und es stellt sich die Frage nach Alternativen für junge Leute. Man könne nicht den einen geben und den anderen nehmen. Herr Funck regt an, dass sich der Jugendbeirat mit der Problematik auseinandersetzt.

Der Ausschuss beschließt die Vertagung mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen.

7.) Fuß-/ Radwegeverbindung Geestrand hier: Querung Wedeler Au

Herr Schernikau berichtet über den Ortstermin. Die Trassenführung (Anlage 2) sei sinnvoll und die Anbindung an das untere Ende der Schulstraße (Nr.5) ein guter Zugang für die Strecke um die Altstadt herum.

Herr Helms, Seniorenbeirat, gibt zu bedenken, dass sich die Kursana nach Westen öffnet (Nr. 9) und so Konfliktpotential besteht. Die Au-Querung (Nr. 6) könnte man nutzen, um auch die Wassermühle touristisch besser zu erschließen.

Herr Schernikau hält eine Querung zwischen den Punkten 9 und 2 für geeigneter.

Herr Eichhorn wirft ein, dass es hier nur um Kenntnisnahme geht und dass Vorschläge verfrüht sind.

Herr Wuttke fordert, die Eingriffe in das Landschaftsschutzgebiet so gering wie möglich zu halten. Der Auwald sollte möglichst nicht durch eine Schneise geteilt werden. Weiter muss man die Bodenverhältnisse berücksichtigen und mit überschaubaren Mitteln eine gute Lösung finden.

Herr Grass verweist auf die Parkplatzproblematik (Nr. 12 und 13). Gerade jüngere Schulkinder benötigen klare Verkehrsverhältnisse, um einen Radweg sicher nutzen zu können.

8.) Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"

8.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Lieberknecht erklärt, dass man nun in der AG Wedel Nord die gestern den Ratsmitgliedern vorgestellten Alternativen bewerten muss, wenn die Fraktionen ihre Meinungsbildung dazu durchgeführt haben. Man wird das Ergebnis in der Sitzung im April vorstellen und erörtern. Auf Nachfragen antwortet er, dass die Fiskalische Wirkungsanalyse bis zum 26.04.2016 erstellt wird.

Herr Fölske fragt, wie viele Menschen am Elbhochufer wohnen, um einen Vergleich für Wedel Nord zu haben. Herr Schernikau rät, sich an den Wahlkreisen zu orientieren. Herr Grass erklärt, dass man über Einwohnerzahlen und Dichtewerte verfügt.

Herr Burmester sagt, dass die fiskalische Wirkungsanalyse mit 500 Wohneinheiten weniger rechnet. Die Verwaltung hat mit dem Büro gesprochen. Der Aufwand für die Berechnungen mit einer neuen Dichte macht relativ wenig Aufwand. Man braucht dafür keinen neuen Beschluss.

9.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

9.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Lieberknecht führt aus, dass man sich für die Neugestaltung der Ostpromenade mit den Planungsbüros in Abstimmungsgesprächen befindet. Darüber wird man in der nächsten Sitzung der Hafen-AG, die nach den Ferien stattfinden wird, berichten.

Herr Schumacher bemängelt die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt. Er wird immer wieder wegen der Versandung und warum der Hafen nicht 1 m höher gebaut wurde angesprochen. Man müsse die Gründe kommunizieren und einmal ein Querprofil zeigen.

Herr Lieberknecht stellt klar, dass es sich hier nicht um Sand, sondern um Schlick handelt. Der wird im Frühjahr entfernt, die Ausschreibungsergebnisse liegen inzwischen vor. Auch Hamburg hatte nach Aussage des Wasser- und Schifffahrtsamtes sehr stark mit Verschlickung zu kämpfen gehabt, da die Elbe letztes Jahr wenig Oberwasser geführt hat und da



her die Sedimente nicht weit genug elbabwärts getragen wurden. Weiter erklärt er, dass die Spundwand eine Erhöhung nicht getragen hätte.

10.) Mitteilungen und Anfragen

10.1.) 10. Bericht zur Revitalisierung des BusinessPark Elbufer Vorlage: MV/2016/007

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

10.2.) Projekt- und Prioritätenliste 2016 im Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung Vorlage: MV/2016/013

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

10.3.) Geplante Bauflächenentwicklung im nordwestlichen Ortseingangsbereich beidseitig der B 431

Herr Grass zeigt eine Skizze (Anlage 3) und erklärt, dass Wedel Nord eine gute Basis für die Entwicklung Richtung Westen bietet. Man kann von Osten nach Westen den Grünzug bis zur geplanten Fuß-/Radwegeverbindung Geestrand weiterführen.

Herr Wuttke will über die Planung abstimmen. Er fragt, wie die Eigentumsverhältnisse in diesem Bereich aussehen und ob sich Eigentümer gemeldet haben oder ob hier nur gezeigt wird, was theoretisch möglich ist. Ihm wird geantwortet, dass keine konkreten Anfragen bekannt sind und die Flächen im FNP-Entwurf 2010 enthalten waren, aber von der Landesplanung herausgenommen worden waren.

Herr Eichhorn erinnert daran, dass die Verwaltung aus dem Ausschuss den Auftrag bekommen hat, hier Vorstellungen zu skizzieren. Er erkundigt sich nach dem Gespräch zwischen Vorhabenträger und Bürgermeister bezüglich des B-Plans 27d. Herr Grass erwidert, dass einer der beiden Vorhabenträger den Forderungen des Landes nicht nachkommen wird und man sich darauf verständigt hat, die Überarbeitung des Regionalplans abzuwarten.

Herr Schumacher sagt, dass es nun notwendig ist, zu gucken, was alles in den Regionalplan hinein muss bzw. ob alles schon bedacht wurde. Er nennt als Beispiele Tourismus, Bahnhof, BusinessPark und die Nordumgehung.

Auf die Frage bis wann Wedel hierfür Zeit hat, antwortet Herr Grass, dass es kein konkretes Datum gibt. Herr Lieberknecht ergänzt, dass der Landrat signalisiert hat, dass sich der Regionalplan verzögert, da die Flüchtlingsproblematik das Personal bindet.

10.4.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Herr Grass erklärt, dass sich die Informationen über das Hotel am Stadthafen, um die in der letzten Sitzung gebeten wurden, sich noch in der Bearbeitung befinden. Sie werden verteilt, sobald sie fertig zusammengestellt sind.



10.5.) Sonstiges

Herr Wuttke erkundigt sich, ob es eine neue Entwicklung zur Bebauung des Grundstücks der ehemaligen Jet-Tankstelle gibt. Ihm wird geantwortet, dass es über längere Zeit nichts Neues gab, jetzt aber demnächst wieder Gespräche geführt werden.

Herr Strüven fragt, warum in der Heinstraße erst die Ahorn-Bäume beschnitten und dann gefällt worden sind. Herr Schernikau bittet um die Beantwortung der Frage im UBF.

Herr Weller fragt, ob der Verwaltung bekannt ist, was auf dem Grundstück Gutenbergstr.18 passiert. Das wird verneint.

11.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u. a.

11.1.) Einvernehmen

Genehmigung nach der Erhaltungssatzung- Am Marktplatz

Vorlage: BV/2016/004

Herr Schernikau begrüßt Herrn Willms, der für Fragen zur Verfügung steht.

Herr Eichhorn erkundigt sich nach den Stellplätzen. Herr Willms antwortet, dass es für 8 Wohneinheiten 6 Pkw-Stellplätze geben wird: 2 auf dem Grundstück, 2 an der Straße und eine Doppelgarage an der Gärtnerstraße. Herr Eichhorn ist damit nicht zufrieden. Er erwartet, dass alle Parkplätze auf dem Grundstück liegen. Herr Willms erklärt, dass es sich hier um ein innerstädtisches Grundstück handelt, das zudem gut angebunden ist. Ein Stellplatzschlüssel von 1,0 war nie im Gespräch, das Grundstück ist dazu zu eng.

Herr Funck stellt klar, dass der Stellplatzschlüssel beim sozialen Wohnungsbau bei 0,7 und beim privatem bei 0 liegt. Die WSI sieht hier kein Problem.

Herr Ulbrich unterstützt diese Sicht, Mieter würden sich vorher informieren, worauf sie sich einlassen.

Die CDU erklärt, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen wird.

Herr Strüven erkundigt sich nach den Fenstern, die er „erschlagend“ findet, und nach der Gebäudehöhe im Bezug zur Umgebung. Herr Willms antwortet, dass es auf den Blickwinkel ankommt. Nicht alles an der Vorderfront ist Verglasung, sondern es gibt auch andere verbindende Elemente, die zudem die Giebelfläche aufbrechen. Das neu geplante Gebäude ist 60 - 70 cm niedriger als die Rolandstraße 1. Es ist 2,10 - 2,20 m höher als das alte Gebäude bei Verdoppelung der Wohnfläche.

Herr Wuttke fragt, warum das Haus in einem so „bejammerswerten“ Zustand sei und warum die Verwaltung nichts gegen den Verfall unternommen habe. Er sieht hier einen klaren Verstoß gegen das Grundgesetz Art. 14, dass Eigentum verpflichtet. Der Abriss sei ein Präzedenzfall und eine Ermunterung an andere Eigentümer, ihre Häuser verfallen zu lassen, um eine Abrissgenehmigung zu erhalten. Herr Wuttke votiert dagegen, da mit den Abriss und Neubau das „geschlossenen Gesicht der Altstadt“ verloren ginge.

Auch Herr Hagendorf meint, dass die Erwerber von Immobilien in der Altstadt auch Verantwortung übernehmen und Sanierung vorgehen muss.

Herr Eichhorn appelliert an die Verwaltung, dass die Fußgängerwege abgeschrägt und behindertengerechter gestaltet werden.

Der Ausschuss beschließt mit 11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen.

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen für die Genehmigung nach der Erhaltungssatzung baulicher Anlagen in einem Teil des Sanierungsgebietes „Altstadt-randzone“ gemäß §§173 und 36 Abs. 1 BauGB für den Abbruch des Gebäudes Am Marktplatz 1 in Wedel zu erteilen. Die Genehmigung beinhaltet, dass der anliegende



Bauantrag in dieser Form umgesetzt werden soll. Der Bauantrag ist mit der Unteren Denkmalschutzbehörde - Kreis Pinneberg abgestimmt.

11.2.) Einvernehmen
hier: Adalbert Stifter Straße
Vorlage: BV/2016/022

Herr Funck stellt fest, dass 3 öffentliche Parkplätze wegfallen werden, die den Anwohnern fehlen werden. Neue zu erstellen würde 10.000 € kosten. Er fragt nach der Möglichkeit, die Adlershorst an diesen Kosten zu beteiligen.

Herr Schernikau meint, dass die Frage nach einer Handhabe für Ablöse generell geklärt werden sollte, wenn öffentliche Parkplätze wegfallen. Dafür müsste ein Antrag gestellt werden.

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 34 und 36 Abs. 1 BauGB für das Bauvorhaben Adalbert-Stifter-Straße, 22880 Wedel, Neubau von 4 Reihenhäusern zu erteilen.

11.3.) Bauvorhaben Industriestraße
hier: mündliche Mitteilung der Verwaltung

Herr Lieberknecht erklärt, dass es schon einmal einen Antrag für eine Waschstraße im Krons Kamp gab. Dieses Projekt ist aber nicht zustande gekommen. Jetzt liegt ein neuer Bauantrag für einen anderen Standort vor, der sich an der Zufahrt zum neuen BusinessPark befindet. Wenn der Ausschuss das Vorhaben an dieser Stelle nicht möchte, müsste ein Bebauungsplan erstellt und begründet werden, warum an dieser Stelle aus planerischer Sicht keine Waschstraße gebaut werden darf. Herr Schumacher gibt zu bedenken, dass es gegebenenfalls zu zusätzlichen Verkehr führen wird.

Herr Eichhorn möchte mehr über die Oberflächengestaltung wissen, auch wenn man hier kein architektonisches „Highlight“ erwarten darf. Weiter fragt er, ob man den oberen Teil des Grundstücks nicht noch für die Kreuzung braucht. Das wird verneint.

Herr Schernikau schlägt vor, zu vertagen und die Verwaltung zu bitten, mit dem Vorhabenträger über die Außengestaltung, insbesondere über das Material von Pflaster und Fassade, zu sprechen. Diese Informationen sollen vorab an die Fraktionen verteilt werden.

Dies trifft auf allgemeine Zustimmung.

12.) Mitteilungen und Anfragen

12.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

entfällt

12.2.) Sonstiges

entfällt



13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

entfällt

gez. Michael Schernikau

Vorsitzender

Sonja Taschendorf
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift 04.04.2016

04.04.2016

